

BULLETIN⁺

Für eine unabhängige und neutrale Schweiz



Für Schlechtwetter gerüstet sein!



Werner Gartenmann
Geschäftsführer AUNS
gartenmann@auns.ch



2 x Ja am 27. September 2020

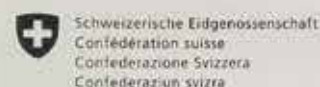
Für Schlechtwetter gerüstet sein!

Die ausserordentliche Lage «Corona» hat auf vielseitige Art und Weise aufgezeigt, was geschieht, wenn unsere «Schönwetter-Mentalität» gestört wird. Ob das Virus aus einem Labor oder von einem Tiermarkt stammt, macht- oder wirtschaftspolitisch absichtlich gestreut wurde oder nur ein medial aufgebauschtes Schreckmümpfeli ist: Störung bleibt Störung, Krise ist Krise. Wer-was-wann-wie-wo, da kann man jetzt uferlos spekulieren und Theorien verfolgen. Die Behörden auf allen Ebenen haben den Auftrag, Schaden abzuwehren. Der Mundschutz wurde zum Symbol mangelnder Vorbereitung. Das «Schlechtwetterprogramm» war mangelhaft. Eines ist sicher: Lehren müssen gezogen werden. Dazu gehören seriöse und zuverlässige Vorbereitungen auf Bedrohungsszenarien – auch der Propagandakrieg ist eine Bedrohung. Die Szenarien betreffen unsere Souveränität, Freiheit und Sicherheit, Demokratie und Neutralität. Diese Säulen müssen ausserhalb des politischen Konstrukt EU garantiert werden können. Und die Säulen wiederum dürfen nicht auf einem zerfallenden Fundament stehen. Deshalb haben wir die Grenzen zu kontrollieren, das Grenzgänger-Regime zu hinterfragen, die Zuwanderung eigenständig zu steu-

ern, die Versorgung mit «systemrelevanten» Gütern und Dienstleistungen (Nahrung, Energie, Gesundheit, Sicherheit, Rohstoffe...) sicherzustellen. Unsere Bundesverfassung und diverse Gesetze formulieren die entsprechenden Aufträge. Aber wir wissen ja: Bundesbern pflegt das EU-Recht, weniger den Schweizer Souverän, die Schweizer Gesetzgebung. Hier muss die AUNS konkreter agieren und mit geeigneten Mitteln dafür sorgen, dass besonders die Verfassungstreue wieder zu einer kompromisslosen Tugend wird. Am 27. September 2020 erkämpfen wir das Ja zur Begrenzungsinitiative und das Ja zum neuen Kampfflugzeug. Wenn wir eigenständig und neutral bleiben wollen, dann brauchen wir auch eine glaubwürdige Luftwaffe. Dass die freie Zuwanderung falsch ist, hat «Corona» der Vernunft und dem Verstand aufgezeigt. Jetzt kommt es auf uns alle an, aus dem Durchhaltewillen wieder einen ungebremsten Kampfwillen für den 27. September zu bilden. Der Redaktionsschluss für die Jubiläumsausgabe des AUNS-Bulletins war bereits Mitte Februar. Die Beiträge sind zeitlos. Sie laden ein, die Stärken unserer Eidgenossenschaft in Erinnerung zu rufen und zuversichtlich voranzugehen.

Weniger EU – mehr Schweiz! Jetzt erst recht.

Die Aufträge zur Erhaltung einer unabhängigen, freien und sicheren Schweiz sind klar! Werden sie mit der notwendigen Sorgfalt und Ernsthaftigkeit umgesetzt? Verfassungstreue muss wieder zur politischen Tugend werden.



Bundesverfassung

Artikel 2, Ziffer 1: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.»

Artikel 58, Ziffer 2: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.»

Artikel 102, Ziffer 1: «Der Bund stellt die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sicher für den Fall machtpolitischer oder kriegerischer Bedrohungen sowie in schweren Mangellagen, denen die Wirtschaft nicht selbst zu begegnen vermag. Er trifft vorsorgliche Massnahmen.»

Artikel 104, Ziffer 1: «Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur: a. sicheren Versorgung der Bevölkerung...»

Artikel 185, Ziffer 1: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.»
Ziffer 2: «Er trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.»

Wir wollen die Kontrolle zurück!



Lukas Reimann
Nationalrat
praesident@auns.ch

Liebe AUNS-Familie

Die direkte Demokratie ruht derzeit. Es dürfen weder Unterschriften gesammelt werden noch können Versammlungen abgehalten werden. Das trifft auch die AUNS: Die Abstimmung zur AUNS-Begrenzungsinitiative ist auf den 27. September 2020 verschoben. Ich würde jetzt gerne mit Euch - liebe AUNS-Gemeinde - in der Berner Militärkaserne diskutieren und mit Euch für ein Ja zur Begrenzungsinitiative kämpfen. Ja, der persönliche Kontakt mit Menschen fehlt uns allen - auch mir. Doch ich will nicht klagen: In der Krise stehen wir alle zusammen und ziehen an einem Strang - für das Leben und für die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger - aber auch für den Erhalt von Schweizer Arbeitsplätzen und für den Erhalt der einheimischen KMU. Politisches Geplänkel hat in der Krise keinen Platz. Es ist schön zu sehen: Die eidgenössische Solidarität spielt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Alle helfen, wo sie können. Das macht Hoffnung - gerade auch für

Die Krise zeigt auch eindrücklich, dass zuerst jedes Land für sich selbst schaut.

die Zeit nach der Krise, die früher oder später kommen wird. Dann gilt es die Lehren zu ziehen aus dem, was wir gegenwärtig durchmachen. Wir müssen das globale Entwicklungsmodell hinterfragen, in dem sich unsere Welt seit Jahrzehnten immer schneller dreht und dessen Mängel nun ans Licht kommen. Wir müssen die Schwächen hinterfragen, um gestärkt und robuster aus dieser Krise in die Zukunft zu gehen. Diese Pandemie hat bereits aufgezeigt, dass das Gesundheitswesen und die Schweizer Armee unverzichtbare Partner im Krisenfall sind. Spitalschliessungen und Kasernenstilllegungen (oder Umfunktionierungen zu Asyl-Zentren) sind passé.

Die Krise zeigt auch eindrücklich, dass zuerst jedes Land für sich selbst schaut. Schutzmasken und

Desinfektionsmittel wurden - entgegen allen bilateralen Schönwetter-Verträgen - konfisziert und gestohlen von unseren EU-Nachbarn. Das heisst für die Schweiz: Wir dürfen uns in Schlechtwetter-Zeiten niemals auf das Ausland verlassen. Wir wollen die Kontrolle zurück! Corona zeigt deutlich, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die elementar und unverzichtbar wichtig sind. Nahrung, Medikamente, Wasser, Strom und Grenzsicherung: In diesen Bereichen müssen wir wieder eigenständig und selbstversorgend werden. Es ist verrückt, unsere Ernährung, unseren Schutz, die Gestaltungsfähigkeiten unseres Lebensrahmens an andere zu delegieren. Es darf nicht sein, dass unser Land ohne Grenzgänger nicht funktionieren würde und deswegen keine Grenzschiessungen - obwohl dringend nötig - möglich sind. Wir müs-

sen die Kontrolle darüber zurückgewinnen! Mehr noch als bisher wollen wir eine souveräne Schweiz erhalten und errichten, die ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt.

Die kommenden Wochen und Monate werden Entscheidungen erfordern, die in diesem Sinne eine Zäsur darstellen. Der Weg aus der Krise führt über die fundamentalen Grundsätze der AUNS: Eine Zukunft als souveräner Superstar Schweiz. Die wirtschaftspolitischen Spielregeln auf der Welt ändern sich gerade fundamental. Über 50 Prozent aller Unternehmer gaben gegenüber dem Handelsblatt an, sie würden ihre Lieferketten überdenken. Bekanntlich überleben nicht die Grössten und Stärksten in der Krise, sondern jene, die anpassungsfähig sind und

jene, die sich auf ihre zentralen Werte zurückbesinnen. Deshalb wird die AUNS alles daran setzen, damit die Schweiz ihre ökonomische und politische Unabhängigkeit wieder erlangt.

Wir setzen alles daran, dass es für möglichst viele ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Weiter gibt. Wenn dieses Weiter etwas regionaler ausgerichtet ist und wir primär wieder im Dorf, im Kanton und im Land zueinander schauen, dann muss dieses Weiter keine schlechte Nachricht sein.

Ganz besonders danken möchte ich allen, die uns in dieser unsicheren Zeit tatkräftig unterstützen. Das ist überhaupt nicht selbstverständlich, aber mit Blick auf den anstehenden Abstimmungskampf für ein JA zur

Begrenzungsinitiative ganz entscheidend. Danke!

Mit General Guisan rufe ich Euch exakt 70 Jahre später zu: «Bleiben wir ruhig – stark – einig. Auf diese Art werden wir freie Menschen bleiben.» (Zitat: 11. Mai 1940) Und ich möchte Euch damit sagen, dass die Schweiz – auch wenn es jetzt vielleicht schmerzt und wehtut – noch jede Krise gemeistert und überstanden hat. Bleiben wir zuversichtlich. Kämpfen wir weiter!

Von Herzen wünsche ich Euch und Euren Liebsten in dieser schwierigen Zeit eine gute Gesundheit und viel Spass beim Lesen der heutigen Beiträge als Beweis, dass auch noch ein Leben ausserhalb und nach der Pandemie existiert.

Aus der Corona-Krise lernen

Globalisierung, Vernachlässigung der Selbstversorgung, unkontrollierte Grenzen, EU-Hörigkeit des Bundesrates – die Corona-Krise machte auf eine unheimlich schmerzhaft Weise klar, wie verheerend unkontrollierte Grenzen sind. Die Bevölkerungsexplosion im Zuge der grenzenlosen EU-Personenfreizügigkeit zeigt unerwartete neue dramatische Folgen: Dutzende von Milliarden Franken vernichtetes Volksvermögen und Abertausende Menschen in Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

EU-Vereinbarungen: Wertlos, wenn es drauf ankommt.

Die Corona-Krise offenbarte, dass manche Vereinbarungen mit der EU nicht das Papier wert sind, auf welchem sie geschrieben sind. Als sich

die Notlage verschlimmerte und die Schweiz **rechtmässig gekaufte medizinische Hilfsmittel** importieren wollte, wurden diese **von EU-Mitgliedsländern wie Deutschland und Frankreich blockiert!** Entgegen in-

ternationalen Freihandelsgesetzen (WTO)! Der Bundesrat kroch mehrfach nach Brüssel, erhielt Zusagen – welche wieder gebrochen wurden. Solchen «Partnern» öffnen wir naiv die Grenzen ohne Kontrolle? Mit ei-



nem solchen Partner soll ein neues Rahmenabkommen abgeschlossen werden? Sicher nicht! Mit einem JA zur Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung senden wir Brüssel (und dem EU-hörigen Bundesrat) klare Signale.

Grenzgänger, ja aber.

Im Zuge der Corona-Krise (sie wurde zu grossen Teilen durch die über 330'000 Grenzgänger ausgeweitet) zeigte sich, dass die Schweiz die **Selbstversorgung** versäumt hat – beispielweise auch bei Pflege-Fachkräften. Dafür kann man niemanden haftbar machen. ABER man kann daraus Lehren ziehen. Berufe in der Kranken- und Alterspflege müssen attraktiver gemacht werden und die Schweiz muss eigene Fachkräfte ausbilden! Die Abhängigkeit von EU-Ländern muss dringend verkleinert werden! Auch im Handwerk! Damit steigern wir die Unabhängigkeit, die Versorgungssicherheit und bringen in Notlagen auch unsere Grenzen effizienter unter Kontrolle. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger der Schweiz!

Tausende KMU werden Opfer der Personenfreizügigkeit!

Die Corona-Krise präsentiert der Schweizer Volkswirtschaft einige **Dutzend Milliarden Franken** hohe

Rechnung, und die Hauptleidtragenden sind die KMU und ihre Mitarbeitenden. **Milliarden** müssen in Kurzarbeit und Notkredite gepumpt werden. Niemand weiss, ob diese **Milliarden** Volksvermögen jemals wieder zurückbezahlt werden können!

Der entstandene gigantische Schaden ist in der unkontrollierten Einwanderung begründet: Neben dem nicht verkräftbaren Bevölkerungswachstum verursacht die **EU-Personenfreizügigkeit** jetzt auch **Milliardenschäden** an KMU resp. an Sozialwerken. Die Zeche bezahlt der Mittelstand.

Der Schaden ist angerichtet und niemand kann dafür verantwortlich gemacht werden. Aber die Schweiz muss jetzt DRINGEND ihr zu **generöses Verhältnis zur EU überprüfen**.

Die Grenzen der Globalisierung.

Die Corona-Krise brachte es an den Tag: Unkontrollierte Grenzen sind gefährlich! Wegen der **EU-Personenfreizügigkeit** traf es die Schweiz besonders schwer! Ein erschütterndes Beispiel: Ende Januar 2020 brach die Epidemie in China explosionsartig aus. 14 Tage später erreichte sie Nord-Italien (Mailand). Wenige Tage danach wurde das Ausmass der Pandemie klar. Angesichts von 76'000 täglichen Grenzgängern aus der Lombardei forderten Tessiner Politiker umgehend: Schliesst die Grenzen! Doch der EU-hörige Bundesrat hörte weg. Erst einen Monat später, nachdem **alle** Nachbarländer die Grenzen schlossen, zog der Bundesrat nach, leider Tausende

Erkrankte und viele Todesopfer zu spät. Die Schweiz, mit rund 330'000 Grenzgängern täglich, wurde proportional das Land mit der höchsten Zahl an Infizierten! Ein trauriger Rekord. Die Globalisierung zeigte hier ihr hässliches Gesicht. Die Schweiz muss daraus lernen und die Kontrolle der Grenzen wieder übernehmen!

Der Bumerang: Arbeitslose «EU-Fachkräfte».

Infolge der Corona-Epidemie in der Schweiz zeigt sich **die Belastung der Schweizer Wirtschaft und Sozialwerke durch zu viele EU-Einwanderer**. Sehr dramatisch zum Beispiel in Gastronomie und Hotellerie. Innert Stunden mussten alle Restaurants dichtmachen, Hotels schlossen. Jetzt sind **Abertausende EU-Arbeitnehmer** von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen und **leistungsberechtigt**, unabhängig davon, seit wann sie in die Schweizer Sozialwerke einbezahlt haben. Gastro- und Hotellerie-Berufe müssen attraktiver gemacht und die Schweiz muss dringend mehr eigene Fachkräfte ausbilden! Das ist **günstiger und nachhaltiger** als die jetzt entstandene Situation. Damit steigern wir die Versorgungssicherheit und bringen in Notlagen auch unsere Grenzen effizienter unter Kontrolle. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger der Schweiz!

Fazit:

Die EU-Personenfreizügigkeit beenden!

JA zur Begrenzungsinitiative!
www.randvoll.ch

Agenda



Samstag, 29. August 2020, 10.30 Uhr
34. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS, Kaserne Bern
Einladungsunterlagen folgen Ende Juli.



27. September 2020: Abstimmung!
Ja zur Begrenzungsinitiative!
Ja zum Kampfflugzeug!





Bundesrat Ueli Maurer
Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), Wahl in den Bundesrat am 10. Dezember 2008

«Die AUNS brauchen wir auch heute»

Als 1986 aus dem damaligen Aktionskomitee gegen den UNO-Beitritt die AUNS entstand, bekam unser Land damit eine neue, überparteiliche politische Organisation, die ihre Kraft bald in entscheidenden Abstimmungen unter Beweis stellte.

Ganz wichtig war die AUNS beim EWR. Aber auch in den Jahren danach war sie bei verschiedenen Kampagnen eine schlagkräftige Bewegung.

Die AUNS brauchen wir auch heute, denn es zeigt sich immer mehr, dass wir damals bei der EWR-Abstimmung einen entscheidenden

Etappensieg errungen haben, die Gefahr einer Anketzung an die EU jedoch weiterbesteht. Für künftige Abstimmungskämpfe ist eine gut aufgestellte AUNS unerlässlich. Ich bin mir aber momentan nicht sicher, ob sie heute noch über die alte Stärke und Dynamik verfügt.

Die AUNS muss sich nicht neu er-

finden, aber wahrscheinlich in verschiedener Hinsicht neu organisieren. Und natürlich muss alles auf das wichtigste Ziel ausgerichtet werden: Die Schweiz als unabhängiges Land zu erhalten. In diesem Sinne wünsche ich der AUNS viel Erfolg!

Die Speerspitze für Unabhängigkeit und Neutralität



Dr. Christoph Blocher

a. Bundesrat und a. Nationalrat, Unternehmer, Gründungspräsident der AUNS, Präsident bis zur Wahl in den Bundesrat 2003

Mit dem Ende des kalten Krieges Ende der 1980er-Jahre wurden die tragenden Säulen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die notabene zuvorderst in der Bundesverfassung verankert sind, leichtfertig unterwandert und auf die Seite geschoben – in erster Linie durch die *classe politique*.

EWR/EG-Beitritt

So unterzeichnete der Bundesrat einen Vertrag mit der Europäischen Gemeinschaft – heute Europäische Union (EU) – zum Beitritt der Schweiz in den sogenannten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Auch das

Parlament hiess dies gut. Der EWR war ein kolonialer Vorläufer zum EU-Beitritt. Folgerichtig reichte der Bundesrat deshalb auch in Brüssel kurz nach Unterzeichnung ein Gesuch zum Beitritt in die EU ein. Meinungsumfragen ergaben, dass



80 Prozent der Schweizer dem EWR-Beitritt zustimmen würden! Die Lage war vor allem für die AUNS ziemlich hoffnungslos.

Was ist die AUNS?

Sie ist aus dem damaligen überparteilichen Komitee, das 1986 erfolgreich gegen den UNO-Beitritt angetreten war, gegründet worden. Die classe politique gab diese Werte immer mehr preis. So sprach der freisinnige Bundesrat Rudolf Friedrich schon 1986 von der notwendigen «Relativierung der Neutralität». Damit wurde die Verteidigung der zentralen Staatsziele Unabhängigkeit und Neutralität zur Daueraufgabe.

Kampf in aussichtsloser Situation

Von Anfang an amtierte ich als Präsident der AUNS und der ehemalige freisinnige Nationalrat Otto Fischer – ein bäumiger, erfahrener und selbstloser Kämpfer – als Geschäftsführer. Ein Jahr vor der EWR-Volksabstimmung beschlossen wir beide verzweifelt, bis zum Tag der Volksabstimmung mindestens einen Vortrag pro Tag gegen den EWR/EU-Beitritt zu halten, was wir dann auch taten. Zunehmend entstand so etwas wie eine Volksbewegung und vereinzelt Parlamentarier und Unternehmer

schlossen sich uns an. Viele Leserbriefe erschienen, ein Handwerker entwarf ein eigenes Sujet, das die AUNS als Abstimmungssignet aufnahm.

Otto Fischer setzte die gegen 30'000 Mitglieder der AUNS in Bewegung, in dem er die ganze Schweiz, alle Gemeinden, einteilte in Stützpunkte und Verantwortliche. Das garantierte Gratisflugblätter in alle Briefkästen.

Dank der AUNS nicht in der EU

Der Kampf gegen den EWR/EU-Beitritt wurde so zum wohl leidenschaftlichsten Abstimmungskampf und war die wichtigste Volksabstimmung im letzten Jahrhundert. Der EWR hätte einen Grossteil der schweizerischen Gesetzgebungskompetenz an die EU abgetreten und unweigerlich in die EU geführt.

Der 6. Dezember 1992

Und es war wie ein Wunder: Obwohl die classe politique und insbesondere die Wirtschaftsverbände dem Schweizer Volk bei Ablehnung des EWR-Beitritts dunkle Zeiten mit Wirtschaftseinbrüchen und Beschäftigungsrückgang vorausgesagt hatten, hatte die Mehrheit des Schweizer Volkes die Kraft, sich zur schweizerischen Unabhängigkeit zu bekennen. Das Volk sagte

bei einer Stimmbeteiligung von 78,7 Prozent, mit 50,3 Prozent und mit 16 Kantonen am 6. Dezember 1992 Nein zum EWR/EU-Beitritt. Darum ist die Schweiz heute nicht Mitglied des EWR und der EU.

Diese entscheidende Weichenstellung war vor allem das Verdienst der AUNS. Die Schweiz ist der AUNS zu Dank verpflichtet.

Was ist zu tun?

Doch auf diesem Abstimmungssieg darf sich die AUNS nicht ausruhen. Sich unerbittlich und ohne Ansehen für die bedrohte Unabhängigkeit und die schweizerische Neutralität einzusetzen, bleibt nötiger denn je. Spezifisch heisst dies: Die AUNS ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass **die Begrenzungsinitiative, die die AUNS mitinitiiert hat, am 27. September 2020 angenommen wird.**

Erst später steht **der institutionelle Rahmenvertrag, der die Schweiz an die EU ketten soll, in einer Volksabstimmung zur Debatte.** Der institutionelle Rahmenvertrag ist noch verhängnisvoller als der damalige EWR-Vertrag. Auch hier muss die AUNS den entscheidenden Kampf führen.

Zunehmend entstand so etwas wie eine Volksbewegung und vereinzelt Parlamentarier und Unternehmer schlossen sich uns an. Viele Leserbriefe erschienen, ein Handwerker entwarf ein eigenes Sujet, das die AUNS als Abstimmungssignet aufnahm.





Hans Fehr
a. Nationalrat
AUNS-Geschäftsführer
von bis 1998 bis 2010

«Kernauftrag weiterhin erfüllen!»

Zwei Tage in meinem «politischen» Leben werde ich nie vergessen: Am 6. Dezember 1992 wird der EWR/EG-Beitritt abgelehnt und damit die unabhängige und neutrale Schweiz gerettet. Dies dank der AUNS, die in dieser Jahrhundertabstimmung als Speerspitze mit gewaltigem Elan vorangeht – angeführt von Christoph Blocher und Otto Fischer, grossartig unterstützt von Werner Gartenmann und Katharina Fischer auf der AUNS-Geschäftsstelle. Mit ihnen kämpfen Tausende Bürgerinnen und Bürger für eine souveräne Schweiz – gegen die heimatmüde «Elite». Es entsteht eine Volksbewegung, ein «Hype». Die Leute haben begriffen: Es geht um die «Wurst» – um die Schweiz – um unsere Zukunft. Der zweite Tag, der mich «politisch» prägt, ist der 1. April 1998 (kein Scherz!), mein erster Arbeitstag als Geschäftsführer der AUNS in Bern. Mit etwas Herzklopfen stehe ich vor der Tür im obersten Stock. Und da steht in grossen Lettern: «Wir heissen den Zürcher willkommen!» Kein schlechter Empfang.

Fortan ist die AUNS neben meiner Familie für viele Jahre mein zweites Zuhause, meine politische Heimat. Wir machen auf der Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Präsidium, dem Vorstand, den Stützpunkten

Das «AUNS-Bulletin» – auch das zweihundertste – ist der Kompass auf diesem Weg. Die Richtung stimmt. Weiter so!



– unterstützt von Zehntausenden von Mitgliedern und Sympathisanten – «AUNS-Politik»: Abstimmungskämpfe, Argumentarien, Veranstaltungen, Inserate, Mitgliederwerbung, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, AUNS-Bulletins, Referenden, Volksinitiativen, Standaktionen, Leserbriefkurse, einen «Europabericht», ein «Schwarzbuch der Schweizerischen Neutralität». Es geht um die Bilateralen, um militärische Auslandesätze, die UNO, Schengen/Dublin, die Personenfreizügigkeit, die «Kohäsionsmilliarde», die nachrichtenlosen Vermögen, die Stärkung der Volksrechte, die Armeeformen und dergleichen mehr – und dies tut die AUNS bis zum heutigen Tag. Fazit: Sie hat ihren Kernauftrag erfüllt – wir sind nicht Mitglied der Europäischen Union! An der Erfüllung ihres Kernauftrags wird die AUNS auch in Zukunft gemessen. Sie muss die Speerspitze und das Bollwerk für eine unabhängige und neutrale Schweiz bleiben. Sie muss sich bereithalten und den Kampf führen für eine selbstbestimmte Schweiz – gegen die Unterwerfung unter fremdes Recht und fremde Richter, gegen den Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat, für die immerwährende, bewaffnete Neutralität. Alles andere ist Beilage. Das «AUNS-Bulletin» – auch das zweihundertste – ist der Kompass auf diesem Weg. Die Richtung stimmt. Weiter so!

Frank Baumann
Grafiker, Belp



Seit über 12 Jahren bin ich für die AUNS tätig. So darf ich das Bulletin gestalten und Werbekampagnen begleiten.

Die politische Ausrichtung der AUNS hat mich von Anfang an angesprochen. Die AUNS ist eine Bereicherung der Schweizer Politlandschaft! Für mich ist es spannend, die Botschaften der AUNS grafisch ins beste Licht zu rücken und den visuellen Gesamteindruck zu verstärken. Das Bulletin gefällt mir auch inhaltlich: Es hat eine klare Linie, spricht Klartext, nennt die Dinge beim Namen. Ich wünsche der AUNS guten Erfolg und viel Schwung. Und ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Hans Rudolf Flück
Spengler, Brienz



Das AUNS-Bulletin ist ein interessantes und informatives Blatt, das ich sehr gerne lese.

Durch die Berichte über die Europapolitik zwischen der Schweiz und der EU erhalte ich Informationen, die mir sonst nicht zugänglich wären. Die Bulletins werfe ich nicht ins Altpapier – ich behalte sie, um später zu bestimmten Themen wieder etwas nachlesen zu können.

Möge der Kampf der AUNS, die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu erhalten, Früchte tragen. Das wünsche ich uns. Also weiter so!

Ami Bossard Gartenmann
Berufsschullehrerin
3800 Matten b. Interlaken
amibossard@hotmail.com



Seit 1986 kämpft die AUNS für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte des Volkes. Erfolgreich konnte der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahre 1992 verhindert werden. Unermüdlich publiziert die AUNS seither wichtige Fakten über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, welche von der Staatspropaganda und den linken Mainstream-Medien verschwiegen werden. Für die neutrale politische Bildung wäre es wichtig, die Lernenden auf Sekundarstufe II mit diesen Informationen zu konfrontieren. Bildung bedeutet nicht Lenkung, sondern kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen.



Sandra Schneider
Gross- und Stadträtin, Biel
Präsident Junge AUNS



Bleiben wir wachsam!

Meine Generation war gerade erst geboren oder noch nicht einmal auf der Welt, als die Schweiz 1992 den EWR-Beitritt an der Urne verwarf.

Das «Trainingslager» für den späteren EU-Beitritt hätte die Mitspracherechte des Volkes abgeschafft. Es ist nicht zuletzt der AUNS zu verdanken, dass wir heute in einem unabhängigen, neutralen und sicheren Land leben dürfen.

Doch bleiben wir wachsam! Die junge Generation hatte nie unmittelbar Erfahrungen mit Unrechtregimes wie der DDR oder der Sowjetunion machen müssen. So selbstverständlich die Freiheiten sind, so schnell können sie auch wieder verlorenge-

hen. Man beachte nur die autoritären Forderungen und sozialistischen Rezepte von Seiten der «Klimastreikenden»...! Aber auch das selbsternannte «Friedensprojekt» EU wird von Exponenten geleitet, die über keine demokratische Legitimation verfügen. Ohne gewählt zu werden, bestimmen sie eigenmächtig über die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger. Volksabstimmungen akzeptieren sie nur, wenn das Resultat mit ihrer eigenen, elitären Haltung übereinstimmt.

Der Beharrlichkeit der britischen Bevölkerung ist es zu verdanken, dass ihr Volksentscheid über den EU-Austritt nun endlich umgesetzt wird. In der Schweiz liegt es an der AUNS, die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz zu bewahren und die direkte Demokratie zu verteidigen. Das soll unser Antrieb sein. Diese Werte wollen wir der jüngeren Generation vermitteln. Gemäss dem Motto der Jungen AUNS: «strong and free» – «stark und frei»!



Gespräch mit Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Unsere Schweiz ist ein grossartiges Land.

«Wir sind ein grossartiges Volk. Wir brauchen uns nicht zu schämen, wir brauchen lediglich eine andere Regierung!»



Wir haben totale Anpassung an die EU-Forderungen und gleichzeitig totale Isolation. Weitere Alternativen sind weder geprüft noch je in Betracht gezogen worden. Da der bilaterale Weg von Anfang an als Integrationsprojekt aufgegleist wurde, steckt er nun in der Sackgasse. Der bilaterale Weg ist nun erschöpft und die Abkommen müssen aufgekündigt werden. Und zwar bevor die EU diesen Schritt ihrerseits androht.»
(AUNS-Mitgliederversammlung 2014)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Schwander: Sie wurden nach der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat 2004 zweiter AUNS-Präsident und übten das Amt zehn Jahre aus. Welche Erinnerungen sind geblieben?

Wir hatten uns im Vorstand und in der Geschäftsleitung sehr schnell mit den Vor- und Nachteilen der Bilateralen I und dann später mit den Bilateralen II auseinandergesetzt. Das waren immer spannende und interessante Diskussionen. Die Nachteile der Bilateralen Verträge I und II überwogen von Beginn weg und überwiegen bis heute. Es zeichnete sich sehr früh ab, dass die Personenfreizügigkeit nichts anderes als ein modernes Sklaventum war und ist.

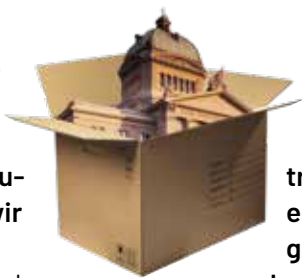
Wenn wir heute die EU-Politik der Schweiz ansehen, stellt man fest, dass viel Unsicherheit und Unbehagen herrscht. Es zeichnet sich zunehmend ab, dass die EU mit Drohungen ihre «Doktrin» des einheitlichen EU-Rechts durchsetzen will. An der AUNS-Mitgliederversamm-

lung 2004 stellten Sie fest: «Wenn jemand in Brüssel, Paris oder Berlin hustet, wännen intellektuelle Heimattmüde, die Schweiz zu übergeben.» Was ist falsch gelaufen?

Bei jeder Abstimmung und bei jeder Diskussion über die Bilateralen Verträge stehen sehr schnell nur noch die wirtschaftlichen Aspekte im Vordergrund. Den Bürgerinnen und Bürgern wird Angst eingejagt, ohne die Bilateralen Verträge würden Arbeitsplätze vernichtet und der Wohlstand würde zurückgehen, ohne zu sagen, was Wohlstand überhaupt bedeutet. Nach wie vor gibt es keine unabhängige und umfassende Analyse über den effektiven Nutzen der Bilateralen Verträge. Tatsache ist auch, dass das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum der letzten zwanzig Jahre unsere Infrastrukturen (Strassen, öffentlicher Verkehr) übermässig belastet und unsere Landschaften verschandelt.

An der Mitgliederversammlung 2007 riefen Sie auf, die Frage, was denn die europäische Idee sei, nicht den sozialistischen und kommunistischen

tischen Intellektuellen zu überlassen. Wie muss unsere Antwort lauten und dringen wir durch?



Europa ist die Idee der kulturellen Vielfalt, die Idee der Subsidiarität, die Idee der kulturellen, des ökonomischen und des politischen Wettbewerbs und der kulturellen und politischen Freiheit. Europa braucht Wettbewerb unter den politischen Systemen und nicht Machtkonzentration.

Die Schweiz hat ein wettbewerbsfähiges politisches System, getragen vom Volk. Dieses System der direkten Demokratie hat uns den Wohlstand gebracht. Darauf dürfen wir stolz sein und damit dringen wir auch durch. Denn die Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Ländern merken immer mehr, wie abgehoben ihre Regierungen sind, und wie diese und am Volk vorbei politisieren.

2014 titelte die Schweiz am Wochenende: «Paukenschlag in der Europapolitik: Initiative gegen die Bilateralen». Sie forderten vorausschauend an der Mitgliederversammlung 2014, die Bilateralen mit der EU zu kündigen, und statt-

dessen ein erweitertes Freihandelsabkommen.

Wenn wir auf den EU-Austritt Grossbritanniens schauen, bringt der britische Regierungschef Boris Johnson auch ein Freihandelsabkommen nach dem Vorbild des kanadischen Abkommens mit der EU. Er will keine automatische Übernahme von EU-Recht und keine EU-Gerichtsbaharkeit. Warum fordert heute niemand diese Option? Und was können wir tun?

Niemand will die Fakten auf den Tisch legen. Seit 2002 sank der Exportanteil in die EU-Länder von 63% auf heute 44.5%. Was heisst das? Die Schweiz ist seit Inkrafttreten der Bilateralen Verträge I noch weltoffener geworden und die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den EU-Ländern hat massiv abgenommen. Die Schweiz hat im Jahr 2018 aus der EU Waren von über 35 Milliarden Franken mehr importiert als in die EU exportiert. Also auch im Warenhandel profitiert die EU wesentlich mehr als die Schweiz. Diese Fakten sind für die EU-Befürworter niederschmetternd. Also werden sie verschwiegen. Und es ist Aufgabe der AUNS, die Bürgerinnen und Bürger auch über die wirtschaftlichen Realitäten aufzuklären. Kommt hin-

zu, dass die ganze Volkswirtschaft, die Sozialversicherungen sowie der Arbeits- und Wohnungsmarkt und die öffentliche Sicherheit unter den «Nebenwirkungen» der Bilateralen Verträge leiden.

Zurück zur AUNS: Wir halten die 200. Ausgabe des AUNS-Bulletins in den Händen. Welchen Auftrag haben wir AUNS-Mitglieder?

Wir müssen uns prioritär und ohne Wenn und Aber für die Freiheit und Eigenständigkeit einsetzen. Wenn wir zwischen Freiheit und Sicherheit zu entscheiden haben, dann müssen wir die Freiheit voranstellen. Wenn wir zwischen Freiheit und Demokratie zu entscheiden haben, dann müssen wir die Freiheit voranstellen. Wenn wir zwischen Freiheit und Rechtsstaat zu entscheiden haben, dann müssen wir die Freiheit voranstellen. Denn Demokratie und Rechtsstaat können nur unter freien Menschen entstehen.

Sehr geehrter Herr Dr. Schwander, wir danken Ihnen herzlich für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Kraft und Erfolg.

Das Gespräch führte
Werner Gartenmann.

www.schweiz-jetzt.ch

Der Blog «Schweiz-jetzt» ist die unabhängige, parteiübergreifende Plattform für Ihre Meinung, für Ihre Ideen, für Ihre Hintergrundberichte. Die direkte Demokratie lebt von der Vielfalt der Standpunkte. Von der Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Schweiz jetzt? Ja. Es geht darum, dass wir unseren Lebensraum mitgestalten, aktiver als je zuvor. Es geht um unsere Zukunft. Deshalb muss unser Tun gestärkt werden. Damit wir nicht nur bei schönem Wetter, sondern auch bei stürmischen Bedingungen Freiheit und Sicherheit schaffen.

Der Blog hat das Ziel, allen eigenverantwortlichen Menschen unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung eine Stimme zu geben. Der Austausch der Ideen stärkt die Meinungsäusserungsfreiheit, die Meinungsbildung, den politischen Prozess, die Demokratie.

Der Blog ist eine Idee der überparteilichen Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).

**Ihre Meinung
gestaltet unsere
Politik.**





Strong and Free

Sollten wir nicht dafür sorgen, dass wichtige Güter im Inland produziert werden, statt aus reiner Gewinnmaximierung alles outzusourcen? Oder sollen wir uns auf Handelsrouten verlassen, die beliebig manipuliert werden können?

Was meine Generation aus dieser Krise lernen muss



Stephanie Gartenmann
Vorstandsmitglied Junge
AUNS
Matten b. Interlaken
stephanie-marion@
hotmail.com



Seit Mitte März sitze ich im Home-Schooling. Inzwischen kenne ich mein Zimmer besser als mich selbst und meine Freunde kenne ich nur noch mit langen Haaren und Bart. Die Krise fordert nicht nur Unternehmer, Arbeitnehmer, diverse Branchen, Verwaltungen und Politiker heraus, sondern auch meine Generation. Ich bin 18 Jahre jung und schliesse in Corona-Zeiten die Matura ab. Übrigens hätte ich am 17. Mai 2020 das erste Mal abstimmen dürfen. Abstimmung abgesagt. So wäre es wohl bei einem EU-Beitritt, Abstimmungen grundsätzlich abgesagt. Nebst dem Bangen um den Abschluss, bereitet uns die Zukunft Sorgen. Die Demokratie ist an den Marterpfahl gefesselt und unsere Wirtschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Bundeskasse wird praktisch leergepumpt, damit möglichst alles so weiterläuft wie vorher. Nur zu welchem Preis? Und die Sozialversicherungen? Die Pandemie deckt die Schwachstellen unseres «Schönwettersystems» auf, das bei Sturm gefährlich ins Wanken kommt. Die Kosten dieser Krise tragen langfristig die kommenden Generationen. Wie finanzieren wir steigende Arbeitslosenzahlen, wie finanzieren wir unser Rentensystem und wie finanziere ich mich

schliesslich? Sollten wir nicht verstärkt zuerst auf uns schauen? Ist das nicht erlaubt? Sollten wir nicht dafür sorgen, dass wichtige Güter im Inland produziert werden, statt aus reiner Gewinnmaximierung alles outzusourcen? Oder sollen wir uns auf Handelsrouten verlassen, die beliebig manipuliert werden können? Doch nicht nur mit wirtschaftlichen Fragen muss sich die kommende Generation auseinandersetzen, sondern auch mit der politischen Mitbestimmung. Peter Filzmaier, Politologe aus Österreich, sagte kürzlich: «Der Begriff der «neuen Normalität» ist sicherlich gut gemeint. Weil wir Abstand halten, Hygiene usw. auch weiterhin einhalten müssen. Nur: Es kann in einer Demokratie nicht normal sein, dass bestimmt wird, wann ich überhaupt wo mit wem hingehen kann. Ob und wie ich meinen Beruf ausübe. Das ist gesundheitspolitisch gut begründet und notwendig. Aber normal ist es sicher nicht. Die Massnahmen gegen die Pandemie sind verständlich, doch die eingeschränkte Demokratie und die Bürgerüberwachung dürfen nicht zum Normalfall werden.» Es ist wichtig, dass wir wieder zurückkehren zu unserem Erfolgsmodell «direkte Demokratie» und dies so schnell wie möglich.

weniger EU

mehr
Schweiz

Vorstandsmitglied: **Christoph R. Kunz**, Kaufmann
Matten b. Interlaken, Kontakt: kassier@auns.ch



Bedroht ein Virus unsere Freiheit?

Ein Virus beherrscht zurzeit das globale Geschehen. Auf allen Kanälen, in allen Medien liest, sieht und hört man davon. Selbst in meiner Kolumne bleiben Sie nicht davor verschont. Ob das Virus eine nie dagewesene tödliche Bedrohung für die gesamte Menschheit ist oder bloss eine ziemlich aggressive Grippewelle werden wir erst in der Zukunft im Rückblick erkennen können. Beobachtet man aber im Heute und Jetzt die Reaktionen auf den Ausbruch des Virus und die durch die Verantwortungsträger in Politik und Behörden eingeleiteten drastischen und bisher nie dagewesenen einschränkenden Massnahmen, kommt man nicht umhin, kritische Fragen zu stellen und auch festzuhalten, dass der Ausbruch dieser Krise für manche scheinbar eben gerade gelegen kommt. Die Krise bietet einen willkommenen Anlass, «fürsorglich einzugreifen». Die Schweiz – die ganze Welt – mutiert mit einem Schlag zu einer riesigen Klientschaft einer übergeordneten «globalen KESB». Virologen und Experten – oder andere Technokraten – werden zu neuen Entscheidungsträgern. Der Bekämpfung des Virus' wird alles untergeordnet, selbst hart errungene Freiheiten stehen plötzlich auf dem Spiel: Versammlungsverbot, Kon-

taktverbot, totale Überwachung, Verlust der Privatsphäre, Bargeldverbot unter dem Vorwand der Hygiene usw. Lese ich zum Beispiel über die Einführung einer sogenannten Tracing-App (auf jedem Smartphone soll ein Programm installiert werden, das darüber Auskunft gibt, ob man mit Infizierten in Kontakt war), dann klingeln bei mir die Alarmglocken lautstark, wenn es heisst «Nach Angaben der Schweizer Behörden soll die Nutzung freiwillig sein. Unklar ist aber, ob zum Beispiel das Betreten von Geschäften oder die Nutzung bestimmter Dienstleistungen von der Anwendung der App abhängig gemacht werden können.» Kaufen und verkaufen nur noch für diejenigen, die sich unterwerfen? Das Virus: Eine einmalige Gelegenheit, eine neue Weltordnung durchzusetzen, und ein willkommener Anlass, Versäumnisse der Vergangenheit zu kaschieren (Stichworte: Finanzpolitik, Globalisierung, Schaffung von Abhängigkeiten, Verlust von Autarkie)? In Krisenzeiten lernt man den wahren Charakter eines Menschen ken-



nen – auch den von Beamten und Politikern. Nicht ein Virus bedroht unsere Freiheit, sondern wie der Mensch darauf reagiert! Bedauerlich, dass sich wohl eine Mehrheit der Zeitgenossen nur für Brot und Spiele zu interessieren scheint. Eigentlich nichts Neues unter der Sonne.

Als AUNS sind wir in solchen Zeiten erst recht herausgefordert, unsere Häupter zu erheben und uns für eine starke, sich selbst versorgende, freiheitliche, unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz einzusetzen. Danke, wenn wir mit Ihrer Unterstützung rechnen können.

sui-fashion.ch



gilets-rouges.ch





Fort mit Wirtschaftsprognosen und Schreckgespenstern:

Politische Freiheit und Selbstbestimmung bringen Erfolg!



Prof. Dr. Nicolas Szita
Vorstandsmitglied
AUNS
Welwyn Garden City
(Nähe London)
szita@auns.ch

Es wird notwendig sein, sich wieder vermehrt auf die eigenen Stärken zu besinnen – eben: wie früher. Die Schweiz verdankt ja ihren Erfolg vor allem eigenverantwortlicher Anstrengung, einem sozialen Zusammenhalt und Frieden, und nicht der EU.

Kein schwarzer Tag für die Schweiz

Als wir am 6. Dezember 1992 den EWR-Vertrag ablehnten, hatten wir gemäss allen, welche in diesem Land Rang und Namen hatten, falsch entschieden. Alle, inklusive Bundesrat und Arbeitgeberverband Vorort (heute *economiesuisse*), hatten uns bei einem EWR-Nein eine schlechte Zukunft prophezeit. Die Unternehmen würden die Schweiz verlassen, hiess es. Die Jugend werde der Zukunft beraubt. Alt-Bundesrat Delamuraz nannte den Abstimmungstag sogar einen «schwarzen Tag» für die Schweiz. Eine Aussage, notabene, welche der Bundesrat (als Gremium) bis auf den heutigen Tag nicht zurückgezogen hat. Doch: Die Jahrzehnte nach der Abstimmung brachten keine dunkle Zeit. Im Gegenteil, die Schweiz hat sich sowohl Selbständigkeit wie auch einen hohen Lebensstandard erhalten. Und die Jugendarbeitslosigkeit gras-

siert nicht in der Schweiz (sondern in EU-Staaten). Wir verdanken dies dem ehemaligen freisinnigen Nationalrat Otto Fischer und Alt-Bundesrat Christoph Blocher, welche sich trauten, den Kampf gegen diese Angstmache aufzunehmen und für die Schweiz als Zukunftsmodell einzustehen.

Sieg der Demokratie

Am 23. Juni 2016 stimmten die Briten in einer der grössten demokratischen Abstimmungen des Landes für den Austritt aus der EU, für Selbstbestimmung und mehr politische Freiheit. Auch hier warnte die Regierung eindringlich vor den wirtschaftlichen Problemen bei einem Austritt. Schon nur der Entscheidung selber (also noch vor jeglicher Umsetzung) würde eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet. Im gleichen Muster ging es nach der Abstimmung weiter. Das britische Parlament und die EU stemmten

sich gegen den Austritt; die Austrittsbefürworter wurden lächerlich gemacht; die Medien beschworen, dass den Briten nach dem Austritt Essen und lebenswichtige Medizin fehlen werden; der Schatzkanzler warnte unablässig vor wirtschaftlichen Einbussen und steigender Arbeitslosigkeit; prominente EU-Skeptiker wurden als Extremisten titulierte, einzelne gar vor Gericht angeklagt; die EU beharrte noch im Sommer 2019 stur auf einem Austrittsabkommen, welches das britische Unterhaus schon drei Mal abgelehnt hatte. Kurzum, im Herbst 2019 sah es so aus, als ob der «Brexit» einen langsamen Tod sterben werde. Doch bei den Wahlen im letzten Dezember wurden die Brexit-Gegner reihenweise abgewählt und daraufhin das Versprechen des Austrittes umgesetzt. Fazit: Wenn auch ganz Kontinentaleuropa die Bedeutung dieses Ereignisses vermutlich verschlafen hat - der Austritt am 31. Januar 2020 war vor allem eines: ein Sieg der Demokratie.

Mutige Optimisten, nicht Angstmacher

In Zukunft werden die Briten, gemäss den Aussagen von Boris Johnson, die Zuwanderung wieder eigenständig kontrollieren und begrenzen (Begrenzungsinitiative!), und sie werden sich keine Angleichung der Gesetze vorschreiben lassen für ein Freihandelsabkommen mit der EU. Und was meint die Wirtschaft dazu? Man höre und staune: Noch im Juni 2018 beteuerte Airbus, dass der Brexit in jedem Szenario gravierende Folgen für die britische Luftfahrtindustrie haben werde - jetzt sieht Airbus grossartige Möglichkeiten zur Expansion. Ähnlich tönt es beim Autohersteller Nissan, der nun wieder investieren will. Die «Confederation of British Industry (CBI)» (britisches Pendant zur *economiesuisse*) wurde in den letzten Jahren

nicht müde, vor den wirtschaftlichen Gefahren des Brexit zu warnen - jetzt schreibt die Direktorin in einer Zeitungskolumne: Die britischen Firmen seien hinsichtlich des Potenzials genauso optimistisch wie der Premierminister und befürworteten eine Zusammenarbeit für eine echte Erneuerung des Landes. Und was sagt der Internationale Währungsfonds (IWF)? Unter der Leitung von Christine Lagarde (jetzt Präsidentin der Europäischen Zentralbank) warnte der IWF die Briten vor dem Brexit (O-Ton Lagarde: «ziemlich schlimm bis ganz, ganz schlimm»). Rezession, Börsen- und Immobilien-Crash. Jetzt (vor Coronavirus) prognostiziert der IWF für das Vereinigte Königreich das grösste Wirtschaftswachstum innerhalb Europas! Der Nationalbankchef Mark Carney? Ich glaube, Sie wissen schon... Natürlich wird beim Brexit nicht alles reibungslos verlaufen können, es wird noch einige Hochs und Tiefs geben. Offensichtlich aber kommen die negativen Wirtschafts-Argumente immer dann hoch, wenn eigentlich gar keine vernünftigen Argumente mehr vorhanden sind. Der Brexit ist eben die Lektion, dass nicht die Angstmacher, sondern die mutigen Optimisten das Leben auf ihrer Seite haben.

Zukunftsmodell Schweiz

Wenn wir die Begrenzungsinitiative annehmen, wird ebenfalls kein Schreckensszenario eintreten. Schon deswegen nicht, weil die Freihandelsverträge mit der EU von 1972 erhalten bleiben. Und weil die Schweiz nach wie vor diejenigen Leute und Arbeitskräfte in die Schweiz wird bringen können, welche wirklich gebraucht werden.



Was aufhören wird, vielleicht, ist eine gewisse Bequemlichkeit. Man kann sich nicht mehr so einfach an günstigerer Arbeitskraft aus dem Ausland bedienen - so war das auch früher. Studenten können nach wie vor ins Ausland, müssen sich aber etwas mehr bemühen, intensiver bewerben - auch nichts Neues. Es wird notwendig sein, sich wieder vermehrt auf die eigenen Stärken zu besinnen - eben: wie früher. Die Schweiz verdankt ja ihren Erfolg vor allem eigenverantwortlicher Anstrengung, einem sozialen Zusammenhalt und Frieden und nicht der EU. Und letztlich ist die Personenfreizügigkeit sowieso ein Euphemismus. Mit der suggerierten Freiheit hat die Personenfreizügigkeit nichts zu tun. Der englische Ausdruck «Free Movement of Labour» trifft die Wahrheit schon eher. Es ist ein freies Verfügen und beliebiges Verschieben von Arbeitskräften. Kein Wunder, trifft es die sogenannten «Büezer» oder die älteren Arbeitnehmer am härtesten. Wer mit der Schweiz verwurzelt ist, kann dem Anspruch gieriger multinationaler Firmen nicht mehr nachkommen, und wird entsprechend aussortiert. Lassen wir uns daher von der Chimäre einer wirtschaftlichen Katastrophe, welche uns Bundesrat und *economiesuisse* erneut (!) prophezeien, nicht einschüchtern. Machen wir es so wie damals beim EWR und sagen wir Ja zum Zukunftsmodell Schweiz. Stehen wir ein für die Menschen in unserem Land! Eine Generation nach dem EWR ist das jetzt die Aufgabe der AUNS. Begrenzungsinitiative? Selbstverständlich!

Mit Dank für Ihre Unterstützung, für Ihre Anregungen und Kommentare, und mit bestem Gruss aus London.



200 Mal für Unabhängigkeit und Neutralität

Zur zweihundertsten Ausgabe des Auns-Bulletins gratuliere ich den früheren und heutigen Mitarbeitern ganz herzlich.

Auf eine so stolze Tradition wie jene der 1986 gegründeten Auns kann das von mir präsierte EU-No-Komitee bei weitem nicht zurückblicken. Gemeinsam haben wir uns aber den Auftrag gegeben, für eine freiheitliche, unabhängige und neutrale Schweiz zu kämpfen.

Die AUNS informiert ihre Mitglieder mit gehaltvollen Beiträgen regelmässig in ihrem Bulletin, was in der Schweiz und in der EU vor sich geht. Dieses Bulletin ist und war eine Art Frühwarnsystem von kompetenten Beobachtern. Es ermöglicht den Zehntausenden von Auns-Mitgliedern, die aktuellsten Entwicklungen in Brüssel, in den EU-Mitgliedsstaaten und in Bundesbern zu verfolgen und zu beurteilen – immer und konsequent auf dem Standpunkt der schweizerischen Eigenständigkeit und Selbstbestimmung.

Gewiss, die einstige Begeisterung an der Europäischen Union als «grosses Ganzes» und als «Friedensprojekt» ist mittlerweile einer weit nüchterneren Beurteilung gewichen, nicht zuletzt in den Mitgliedstaaten. Grossbritannien hat die EU verlassen, zu

der es niemals wirklich gehörte und gehören wollte. Im Osten der Union mehrt sich die Unzufriedenheit über Souveränitätsbeschneidungen, der Süden ächzt unter der Währungsunion. Auch in der Schweiz befindet sich die Zustimmung zu einem EU-Beitritt auf einem Allzeittief.

Die einzigen, die diesen Stimmungsumschwung nicht bemerkt haben, sitzen in den Parlamentssälen und in der Bundesverwaltung in Bern. Die meisten Politiker und Diplomaten unterstützen das fertig ausgehandelte Institutionelle Rahmenabkommen (InstA) mit der EU, das als schlechtestes Staatsvertrag aller Zeiten in die Geschichte eingehen dürfte. Dieses Abkommen kettet die Schweiz auf Gedeih und Verderben an Brüssel. Wir hätten auf allen Stufen fremdes Recht zu übernehmen und fremde Richter zu akzeptieren.

2021 dürfte das Jahr der Abstimmung und damit der grossen Auseinandersetzung sein. Der Auns und ihren Publikationen und Aktionen wird dabei eine entscheidende Rolle zukommen. Umso wichtiger als Kampforgane bleibt das Auns-Bulletin. Ich freue mich jetzt schon auf die nächsten 200 Ausgaben.



Roger Köppel
Nationalrat,
Chefredaktor und
Verleger Weltwoche

Dieses Bulletin ist und war eine Art Frühwarnsystem von kompetenten Beobachtern.



ISSN 2234-9723
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)
Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
www.auns.ch, redaktion@auns.ch
Postkonto: 30-10011-5
IBAN: CH91 0900 0000 3001 0011 5

AUNS
ASIN
ASNI

Besuchen Sie uns

